Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 14

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Inspektoren. Parteiorganisationen wie die Jugendbewegung Komsomol erhalten ihren festen Platz in den neuen Behörden, wo nun ein genauer Verantwortungsweg von unten nach oben das bisher teilweise bestehende Nebeneinander ablöst.

Wirtschaftlich sind die Kolchosen ohnehin vom Staat abhängig, nicht nur durch die «Beschaffung», sondern auch durch das Kreditwesen. Die Staatsbank sperrt alle Anleihen an Kollektive, die nicht plangemäss wirtschaften. Der «unteilbare Kolchosfonds», aus dem die Mittel für Investitionen und Anschaffung landwirtschaftlicher Maschinen bestritten werden, gehört praktisch dem Staat. Ihm fällt der ganze von den Mitgliedern finanzierte Fonds im Falle der Auflösung der Genossenschaft zu. Die LPG hat überhaupt keine Reserven, über die sie frei verfügen könnte. Bei einer Krise bleibt ihr nichts anderes übrig, als sich dem Staat gegenüber noch stärker zu verschulden, oder sich in einen Sowchos umwandeln zu lassen.

Des Bauern Lohn

Wie weit wird der einzelne Bauer von dieser Entwicklung betroffen? Eigentlich sollte er von seinem Anteil am genossenschaftlichen Profit leben. Die Verteilung des Reingewinnes nach dem Schlüssel der Tagwerke spielt denn auch heute noch ihre Rolle. Aber sogar bei diesem Prinzip kann man den Uebergang zum Arbeiter-Monatslohn beobachten: Das Mitglied erhält jeden Monat eine bestimmte Geldsumme als Vorschuss, und am Ende des Wirtschaftsjahres kommt es zur endgültigen Verrechnung. Die Gleichförmigkeit der Auszahlung wird durch Staatsbankkredite gewährleistet. Die moderne Bestrebung des Regimes aber geht anstelle des Produktionsprofits auf feste Geldentlöhnung: Fixes Gehalt plus Zulage im Falle der Planüberfüllung. Das ist, wie gesagt, die gewollte Tendenz. In der Praxis zeichnen sich immer wieder rückläufige Bewegungen ab. Etliche Kolchosen sind auf die ältere Form der Gewinnbeteiligung am Verkauf der Erträgnisse zurückgekommen, einfach aus dem Grunde, weil der Bauer daran mehr interessiert ist und sich das in der Planerfüllung für das ganze Kollektiv auswirkt.

Die Höhe des Lohnes ist je nach Landesgegend schwankend. Die Bezahlung für ein Tagwerk kann von einem halben Rubel (Kaufkraft ein Franken) bis zu eineinhalb Rubel und mehr schwanken. Wo der Lohn aber auf Grund des Gewinnanteiles berechnet wird und der Bauer noch Direktbezüger ist, kann der Tag bis zu dreieinhalb Rubel einbringen. Es sei zu vergleichszwecken daran erinnert, dass der Minimallohn für die Arbeiter auf 45 Rubel festgesetzt ist (dazu sind noch die Sozialleistungen zu rechnen).

Das wirkliche Einkommen des Bauern aber hängt (siehe KB Nr. 12) von seiner Nebenwirtschaft ab, die er privat bearbeitet. Sie ist dem Regime ein Dorn im Auge, muss aber widerwillig noch toleriert werden, wenn es nicht zu einer ernsten Versorgungskrise kommen soll.

Die Nebenwirtschaft dürfte auch den Ausgleich zwischen dem Einkommen des Kolchosbauern und des Sowchosarbeiters schaffen, der in der Regel einen erheblich höheren Geldbetrag als Lohn bekommt. Selbstverständlich ist gerade im Sowchos mit seinen spezialisierten Arbeitsbrigaden der Lohn auch von der Arbeitsart abhängig. Ein Traktorführer oder ein Mechaniker für landwirtschaftliche Geräte verdient mehr als ein Viehhirt. Als Faustregel gilt vielleicht, dass der Sowchosarbeiter (auch er hat wenigstens einen Gemüsegarten als Restbestand der Nebenwirtschaft) annähernd auf den gleichen Reallohn kommt wie ein Industriearbeiter. Der Kolchosbauer kann materiell beträchtlich schlechter oder auch beträchtlich besser stehen, je nach seiner Möglichkeit, neben der Arbeit für das Kollektiv auf eigene Faust zu wirtschaften.

Kolchos und Sowchos

Von höchstem Interesse zur Beurteilung des ganzen Landwirtschaftssystems wäre ein Vergleich der Wirtschaftlichkeit von LPG und Staatsgut. Sichere Angaben fehlen diesbezüglich, doch lässt sich als generelles Merkmal feststellen: Bei gleichen Bodenverhältissen produziert der Sowchos pro Flächeneinheit mehr, kostet aber auch pro Erzeugungseinheit mehr. Auf einer Hektare liefert er beispielsweise mehr Weizen als die Produktionsgenossenschaft, aber ein Kilo Weizen kommt ihm teurer zu stehen. Seine Produktion ist grösser, seine Arbeitsproduktivität kleiner.

Das rührt daher, dass der Sowchos vom Staat einrichtungsmässig bevorzugt wird. Das Staatsgut erhält bessere und teurere Maschinen, ist mit kostspieligen Anlagen ausgerüstet usw. Unter diesen Umständen kann er seinen Ertrag steigern, wird aber auch stärker defizitär. Dazu kommt, dass der festbesoldete Landarbeiter auch wenig Interesse am Profit seines Unternehmens hat. Auch wird ein rein staatliches Unternehmen einen grösseren bürokratischen Apparat aufweisen als ein halbstaatliches. So ist der Sowchos wirtschaftlich unrentabel, trägt aber seiner Bevorzugung wegen zur Versorgung des Landes relativ viel bei.

Partei

Ungarn

Opposition gegen Kadar

Die neue Personalpolitik des ungarischen Parteichefs Janos Kadar hat bei der Mitgliedschaft der KP Ungarns zu verbreiteter Opposition geführt. Sie richtet sich gegen die Berufung nichtkommunistischer Fachleute auf wichtige Posten, was seit einiger Zeit mit uneingeschränkter Billigung Kadars geschieht. Radio Budapest enthüllte diese Entwicklung erstmals in dieser Woche.

Die ungarischen Zeitungen setzen sich nachdrücklich für die neue Personalpolitik Kadars mit dem Slogan ein: «Wer nicht gegen uns ist, ist für uns.» Radio Budapest stellte diese Frage darauf zur Debatte und erhielt etwa einhundert Hörerbriefe, die überwiegend von Kommunisten stammten, die gegen die neue Parteilinie opponieren. Wörtlich hiess es in der Sendung:

«Nahezu alle hundert Briefe lassen erkennen, dass ihre Schreiber sich Sorgen um die Partei machen, um die Volksdemokratie und um die Erfolge des Sozialismus.» Viele der Höhrerbriefschreiber seien dafür eingetreten, leitende Stellungen nur mit Parteimitgliedern zu besetzen.

Radio Budapest sprach sich indessen sehr betont für die neue Personalpolitik aus und bediente sich dabei des reichlich ungewöhnlichen Arguments, dass die Diktatur des Proletariats keineswegs den Auschluss von Nichtkommunisten von der Ausübung der Macht bedeute.

In der Sendung wurden ferner einige der Einwendungen zitiert, die von Parteimitgliedern gegen die Politik «der Gleichberechtigung aller» geltend gemacht worden waren:

«Nur Kommunisten sind für die Besetzung leitender Stellungen geeignet, da es sich nicht nur um die Posten von Betriebsleitern handelt, sondern auch um die von Abteilungs- und Gruppenleitern, ja sogar um die Besetzung von Vertrauensstellungen. Man kann aus Kalk keinen Käse machen. Dem Klassenfeind darf es nicht erlaubt werden, in unsere Reihen einzudringen. Wir sollten ihnen nur solche Stellungen geben, die wir überwachen können.»

«Es ist glatter Selbstbetrug, wenn jemand behauptet, dass praktisch das ganze Volk nur aus Anhängern des sozialistischen Aufbaus besteht. Obwohl der Feind es heute nicht wagt, seiner Meinung Ausdruck zu geben, so können wir doch nicht darüber hinwegsehen, dass viele unserer Feinde, sobald sie sich in leitenden Stellungen befinden, gefährlicher werden können als wir denken.»

Radio Budapest knüpfte an die Verlesung dieser und anderer Zitate die Frage: «Kann es möglich sein, dass viele Tausende von Parteimitgliedern (Ungarns KP zählt etwa 400 000) so denken? Und wenn es wirklich Zehntausende gäbe, die so denken — können sie vielleicht recht haben? Weiter hiess es dann: Die Antwort kann nur «Nein» lauten. Denn ihre Furcht ist identisch mit Eifersucht und ihre Wachsamkeit ist nichts weiter als ein ungesunder Verdacht.»

Handel

China/UdSSR

Weiter rückläufig

Aus einer Erklärung des polnischen Aussenhandelsministers Witold Trampczynski, die er in dieser Woche abgab, scheint hervorzugehen, dass Rot-China innerhalb von drei Jahren auf die vierte Stelle oder sogar noch darunter abgerutscht ist.

Laut Tass erklärte der Minister, Polen werde in diesem Jahr der drittgrösste Handelspartner der Sowjetunion werden, und dass der gesamte Güteraustausch den Betrag von einer Milliarde Rubel überschreiten werde.

Bis 1960 stand Rot-China an der Spitze der sowjetischen Aussenhandelsliste. Noch im gleichen Jahr wurde Peking jedoch von der Sowjetzone verdrängt und fiel auf den zweiten Platz zurück, gefolgt von der Tschechoslowakei und Polen.

Im vergangenen Jahr erhöhte sich der Handel zwischen der Tschechoslowakei und der UdSSR auf rund 1,5 Milliarden Rubel und soll im laufenden Jahr sogar 1,7 Milliarden erreichen. Die Sowjetzone, deren Handel mit der Sowjetunion im letzten Jahr etwa um zwei Milliarden Rubel ausmachte, wird ihren ersten Platz auch in diesem Jahr mit einem Handelsvolumen von etwa 2,24 Milliarden Rubel halten können.

Damit dürfte die neue Reihenfolge so aussehen: 1. Sowjetzone, 2. Tschechoslowakei, 3. Polen, 4. (oder noch darunter) Rot-China.

Touristik

Georgien

Riviera der Bonzen

Das zaristische Feriengebiet der obern Zehntausend ist nach seiner Erschliessung für Arbeitertouristik wiederum im Begriff, exklusiv zu werden: diesmal für die obern Zehntausend der Partei-Aristokratie.

Dank der Schönheit seiner Schwarzmeerküste und seiner Kaukasusberge war Georgien eines der beliebtesten Reise- und Ferienziele im alten Russland. Als Touristenzentrum ist es auch nach der Sowjetisierung gefördert worden, nur dass es jetzt programmgemäss allen Schichten der Bevölkerung zugänglich sein soll. Tatsächlich sind zu den berühmten Kurorten an der «russischen Riviera», wie Gagra, Gudaut, Suchum und Batum, zahlreiche Neugründungen gekommen, in denen die Gewerkschaften ihre Ferienheime oder Kuranstalten für ihre Arbeiter haben. Der mondänen Zentren aber hat sich vor allem die «neue Klasse» bemächtigt. Hier führen die obersten Parteifunktionäre in Luxusvillen ein feudales Leben, hier imitieren in den renovierten Hotelpalästen die Mitglieder des diplomatischen Korps den feudalen Stil ihrer zaristischen Vorgänger. Hier verbringen ausländische Gäste auf Kosten des Staates häufig einige komfortreiche Tage während ihrer Besuchsreisen in der Sowjetunion. Die prächtigsten Etablissements, die nach der Revolution theoretisch für die «einfachen Werktätigen» geöffnet worden waren, lassen heute wiederum nur eine selekte Kundschaft herein. Anders sieht es mit den Ferien der Arbeiter aus. Der sowjetische Werktätige verbringt seine Ferienzeit immer im Kollektiv, zumeist in Häusern, die von den Gewerkschaften verwaltet und aus dem Fonds der staatlichen Sozialversicherung finanziert werden. Für den Teilnehmer an der Gemeinschaftsreise und dem Gemeinschaftsaufenthalt bedeutet das meist Gratisferien um den Preis ständiger Beaufsichtigung. (Mit seinem Geldlohn von 150 bis 200 Franken im Kaufwert monatlich könnte der Einzelne sich auch gar keine Ferien leisten. Der Urlaub gehört zum immer noch kleinen Reallohn.) Wenn ein Betrieb für seine Belegschaft die Ferien direkt organisiert, fällt die Wahl des Ortes vollständig dahin. Daneben gibt es im übergeordneten Gewerkschaftsrahmen organisierte Ferien mit einer gewissen Auswahlmöglichkeit. Wer sich darum interessiert und von der Partei als zuverlässig taxiert wird, kann sich um einen sogenannten «Ferieneinlieferungsschein» bewerben. In diesem Falle muss allerdings ein gewisser (meist kleiner) Prozentsatz der Kosten vom Teilnehmer selbst übernommen werden. Dafür aber bietet das System die Möglichkeit, unter den ausgeschriebenen Ferienorten zu wählen und neue Menschen kennenzulernen. Mit beträchtlich weniger individueller Gestaltungsfreiheit kommt immerhin etwas zustande, das annäherungsweise unseren Gesellschaftsreisen entspricht.

Nun ist begreiflicherweise beim Arbeiter ein grosses Interesse an der Schwarzmeerküste vorhanden, deren Ruhm als «Ferienparadies» allgemein verbreitet ist. Die Partei, die sich lange Jahre damit gebrüstet hat, diese Gebiete den Werktätigen zur Erholung geöffnet zu haben, beginnt aber nun zu bremsen. Sie hat begreiflicherweise kein sonderliches Interesse daran, das Luxusleben der Parteibonzen den Arbeitern vor Augen zu führen. Zwei Tendenzen werden demnach gefördert: Einmal werden die Ferienheime der gewöhnlichen Bürger nicht mehr in den grossen Kurorten errichtet, sondern dezentralisiert. Mittlere und kleinere Ferienorte sind in Georgien allenthalben entstanden. Dort sind die Kollektivurlauber unter sich und bekommen das mondäne Leben nicht zu Gesicht. Anderseits aber beginnt man mit der Erschliessung neuer Touristengebiete (vor allem in Sibirien), die man durch systematische Propaganda der Bevölkerung schmackhaft zu machen sucht. Die besseren Parteikader aber verbringen nach wie vor ihre freien Tage im klassischen Ferienparadies Georgien.

Entsprechendes gilt von den eigentlichen Kur- und Erholungsstationen. Abastuman mit seinen Sanatorien oder Borschom (das Vichy der Sowjetunion) mit seinen Mineralquellen sind ebenfalls exklusiver geworden. Auch da sucht man Ersatz in andern Teilen der Union.

Soziales

Bulgarien

Arbeitsdisziplin und Plan

Obschon nach den offiziellen Meldungen der globale Industrieplan im Vorjahr zu 103,6 Prozent erfüllt wurde, gab es zahlreiche Unternehmungen, die unter dem Plansoll geblieben sind. Unter ihnen befindet sich auch der bedeutende südbulgarische Bergwerkstrust (Eisenerz und Kohle) «Gorbuso», wo sich vor kurzem eine Sonderkommission mit diesem Problem befasste. Als Hauptgrund aller Schwierigkeiten wurde die mangelhafte Arbeitsdisziplin der Bergarbeiter angegeben. So berichtete z. B. einer der Schichtführer, dass er 70 Prozent seiner Arbeitszeit darauf verwenden müsse, die Arbeiter zur Arbeit aufzumuntern. Der Chefingenieur derselben Grube erklärte dazu ergänzend, dass er nicht in der Lage sei, die disziplinlosen Kumpel zu entlassen, denn er könne keine neuen Arbeitskräfte erhalten. Unter diesen Umständen sind in gewissen Gruben die Vorgesetzten gezwungen, falsche Leistungsmeldungen zu unterschreiben und sogar solchen Personen, die überhaupt nichts gearbeitet haben, die Förderung von bedeutenden Erzmengen gutzuschreiben.

Zu dieser Meldung sei bemerkt, dass diese Disziplinslosigkeit vor allem auf die niedrigen Löhne, den laufenden Mangel an Lebensmitteln und anderen Konsumgütern zurückzuführen sei. So musste z. B. die parteiamtliche «Rabotnitschesko Delo» (5. März 1962, S. 1) vor kurzem zugeben, dass sogar in den Kolonialwarengeschäften von Sofia man «tagelang kein Salz, keine Nudeln, keine Konserven, keine Schuhcreme usw. ... bekommen kann. Die Brotgeschäfte erhalten nicht die notwendigen Brotmengen ... Ausserdem fehlt es in den Textilgeschäften oft an Waren ...»

Buntes

Bulgarien

Mehr Mais mit toten Fröschen

Die Rettung der bulgarischen Landwirtschaft, mit der es dieses Jahr besonders schlecht steht, könnte in toten Fröschen liegen, wenigstens was die Maisernte betrifft. Das wäre wenigstens die Quintessenz eines ungewöhnlichen Berichtes, den «Rabotnitschesko Delo» in der Ausgabe vom 20. März in der Rubrik «Ratschläge für den Fachmann» aufnahm:

«In der Nummer 268 der Zeitung ‚Kooperativno Selo' vom 13. November 1960 las ich in der Rubrik ‚Aus Wissenschaft und Leben', dass mit Hilfe toter Frösche die Maisernte auf 294 kg pro Dekar (10 Dekar = 1 Hektare) gesteigert werden kann. Die Nachricht hat mich sehr interessiert. Ich errechnete, dass man 2080 Frösche für ein Dekar Maisland braucht. Ich beschloss, auf den Feldern der Kollektivwirtschaft ein Experiment zu machen. Am 4. April 1961 stellte ich einen Brigadezug auf, der 106 Frösche fing. Die Frösche legten wir in ein eisernes Fass. 20 Prozent des Fassraumes wurden mit 30 Liter Wasser und 1,5 kg Kalk ausgefüllt. Nach kurzer Zeit waren die Frösche krepiert. Am nächsten Tag holten wir sie heraus und trockneten sie an der Sonne. Nach 10 Tagen mahlten wir sie zusammen mit Maiskörnern. Aus 106 Fröschen und 6 bis 7 kg Mais erhielten wir 7,5 kg einer Mischung, die eine dunkle Farbe aufwies und stark roch. Am 16. April behandelten wir mit der Mischung 3 bis 4 kg ‚Kansas'-Maiskörner. Anfangs mischten wir sie mit Wasser, dann nur mit dem Froschpulver. Das Pulver blieb an den

Körnern fest kleben ... Dann pflanzten wir mit diesen Körnern 1,5 Dekar Boden an ... Am 25. Mai stellten wir fest, dass das so gepflanzte Mais 75 cm hoch gewachsen war, während der andere Mais nur 62 cm hoch gewachsen war. Am 20. Juni betrug die Höhe der ersteren Pflanzen 273 cm, der anderen 246 cm, am 5. August 361 bzw. 354 cm. Am 12. Oktober ernteten wir den Mais. Von 1,5 Dekar Maisfeldern, die mit dem Froschdünger behandelt worden waren, ernteten wir bei 4000 Pflanzen 3060 kg Maiskörner, oder 2040 kg je Dekar. Auf den nicht so gedüngten Feldern erhielten wir einen Ertrag von 1820 kg je Dekar ... Es ist interessant, dass mit wenig Material, und zwar mit nur 100 Fröschen, nicht weniger als eine Tonne Korn bereichert werden kann, mit der man 50 Hektaren Boden bepflanzen kann, das heisst, dass für je 5 Dekar tatsächlich nur ein Frosch notwendig ist.»

Soweit das Experiment. Es scheint, dass die Froschschenkel-Liebhaber im Westen sich in Zukunft werden einschränken müssen.

Politik

Jugoslawien

Amnestie für Emigranten

Die grosse Werbekampagne Belgrads unter den jugoslawischen Emigranten hat mit einem Generalpardon politischen Flüchtlingen gegenüber einen Höhepunkt erreicht. Unter den Traktanden der letzten Parlamentssession befand sich ein Amnestiegesetzt, das zu Beginn des verflossenen Monats (Veröffentlichungsdatum 14. März) von der Bundesvolkskammer angenommen wurde. Die Amnestie ist eindeutig auf die Jugoslawen im Ausland zugeschnitten, werden doch von ihr nebst 1000 politischen Häftlingen im Inland nicht weniger als 150 000 Emigranten erfasst.

Der Straferlass kommt Personen zugute, die Delikte gegen «Land und Volk, seinem Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit» begangen haben. Vom Amnestiegesetz nicht erfasst wird, wer «Kriegsverbrechen oder politische Morde anbefahl, organisierte oder ausführte», ferner wer «als Organisator eine der Jugoslawischen Föderativen Volksrepublik feindliche Tätigkeit entfaltete». Dagegen erhalten Personen, die sich durch Flucht ins Ausland dem Militärdienst oder einer Strafverfolgung zu entziehen suchten, die vollen Vergünstigungen des angenommenen Gesetzes.

Vor dem Parlament erläuterte Vizeministerpräsident Randowitsch die Gründe, die nach offizieller Belgrader Version die jugoslawischen Emigranten «irreführten». Interessant ist dabei, dass den Kollaborationisten während des Krieges die Partisanen unter Michailowitsch (die gegen Hitlers Besatzungstruppen kämpften) seelenruhig an die Seite gestellt werden. Dies allerdings nur in der Aufzählung der verschiedenen Emigrantentypen, doch wird mit der Parallelstellung im Satz natürlich auch inhaltliche Gleichstellung angedeutet. Von den politischen Flüchtlingen aus der Zeit nach Kriegsende, das heisst von der kommunistischen Machtergreifung an, wird ebenfalls in Zusammenfassung gesprochen. Sie hätten sich «aus wirtschaftlichen Gründen oder Abenteuerlust» nach dem Westen begeben. Die offene Erwähnung der materiellen Vorteile im Westen ist ein Indiz dafür, dass sich Jugoslawien als wirtschaftlich soweit saniert betrachtet, um eine Rückwerbe-Aktion erfolgreich zu gestalten.

Mit der Amnestie wird es voraussichtlich nicht sein Bewenden haben. Rankowitsch kündigte die Möglichkeit an, das kurz nach Kriegsende erlassene Gesetz über den Verlust der Staatszugehörigkeit bei Republiksflucht ausser Kraft zu setzen. Rückkehrer würden damit wieder jugoslawische Bürger.

Neben dem politischen Ziel verfolgt die Amnestie übrigens auch einen touristischen und devisenwirtschaftlichen Zweck. Ehemalige Jugoslawen, die eine neue Staatsbürgerschaft erworben und sich im Westen eine Existenz aufgebaut haben, werden zum Besuch von Heimat und Verwandten animiert, da sie ja keine Strafverfolgung mehr zu befürchten hätten. Allerdings ist der Begriff der «gegen die FVR Jugoslawiens gerichteten Tätigkeit» interpretatorischen Freiheiten von seiten der jugoslawischen Polizei unterworfen. Antikommunistische Einstellung dürfte jedenfalls den Straferlass nichtig machen.

Eine gewisse Wirkung wird das Amnestiegesetz in Verbindung mit der noch zu erwartenden Wiedereinbürgerungsmöglichkeit vor allem auf Emigrantenkreise haben, die ihre Familie noch in der Heimat haben. Noch stärker aber wird es den Zustrom an jugoslawischen Besuchern beeinflussen.

Aehnlich wie Polen mit seinen bekannteren «Polonia-Organisationen» hat Jugoslawien mit seinen «Matica Iseljenika» (Heimatorganisationen) ebenfalls organisierte Verbindungen zu Auswanderern und Emigranten. Sie sind im Rahmen der Teilrepubliken aufgezogen (am grössten in Kroatien) und richten sich nicht zuletzt an die im Ausland aufgewachsenen Kinder der Emigranten. Diese werden zu kurzen Aufenthalten im Lande eingeladen und erhalten dort ein möglichst wenig politisches Programm vorgesetzt, das um so mehr Folklore, Tradition und Kultur betont. In Polen wenigstens haben die Veranstalter solcher Reisen oder Lager Erfolge aufzuweisen. Manche jungen Polen sind mit dem Eindruck in ihre Wahlheimat zurückgekehrt, dass im Lande der Kommunismus gar nicht ernst zu nehmen sei, und dass das Leben dort keine politische Färbung aufweise.

An andern Beispielen zeigt sich, dass die jugoslawische Liberalität im Verkehr mit dem Ausland durchaus ihre Grenzen hat. Eine vertragliche Regelung mit Wien über die Beschäftigung jugoslawischer Arbeiter in Oesterreich kam nicht zustande, obwohl in Jugoslawien eine gewisse Arbeitslosigkeit herrscht (In Novi Sad beispielsweise waren zu Jahresbeginn von 50 000 Erwerbstätigen 1460 arbeitslos, was im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme um 79 Prozent) bedeutete).

Aber so sicher fühlt sich Tito seiner Arbeiterschaft nicht, dass er ihr allzu grosszügigen Kontakt mit dem Westen erlauben würde.

Jugoslawische Studentinnen denken schlecht von Partei-Aktivisten und Aktivistinnen. Diese zeigten ein unkollegiales und unkameradschaftliches Benehmen, machten sich der Protektion zuliebe in nichtssagenden Konferenzen wichtig und schenkten sich dafür das Arbeiten. Ein besonderer Vorwurf an die männlichen Aktivisten: «Sie verstehen nicht zu lieben.»

Das waren die hauptsächlichsten Ergebnisse einer von der Jugendzeitung «Mladost» veranstalteten Umfrage unter Studentinnen. Entgegengesetzte Ansichten waren laut den Angaben des kommunistischen Blattes in der Minderheit.

Eine andere Befragung führte die ungarische Zeitschrift «Tiszataj Szeged» durch. Erfasst wurden 545 Personen und untersucht wurde die Lektüre. Es stellte sich heraus, dass «von den lebenden ungarischen Schriftstellern die parteilosen bevorzugt werden», und dass nahezu die Hälfte der Befragten, nämlich 220 Personen, keine russischen oder sowjetischen Werke gelesen haben.

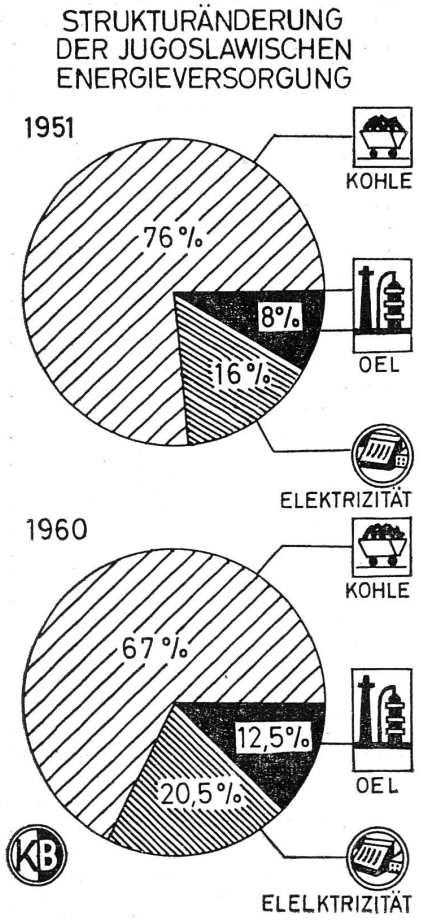
Energiewirtschaft

Jugoslawien

Neue Verteilung

Unsere Zeichnung, nach einer Darstellung der Belgrader «Borba» vom 17. März dieses Jahres, illustriert ein mögliches Zukunftsproblem der jugoslawischen Energiewirtschaft: Wohin mit der Kohle?

Allmählich scheint man sich in Belgrad, etwas vorgreifend, die Frage zu stellen, ob Erdöl und Elektrizität als Brennstoffe die Kohle vom Verbrauchsmarkt verdrängen werden. Die veränderten Verhältniswerte der verschiedenen Energiequellen innerhalb eines Jahrzehntes zugunsten der «fortschrittlicheren» Brennstoffe ist tatsächlich auffallend stark. Die Industrie als grösster Energiebenützer ist in Jugosla-



wien immer noch weitgehend auf Kohle abgestellt, wird aber im Zuge der Modernisierung immer mehr Bezüger von Oel und Elektrizität. Laut den Ausführungen des «Borba»-Artikels werden Schritte unternommen, um den beträchtlichen jugoslawischen Vorräten an Kohle (sie besteht hauptsächlich aus Lignit und Braunkohle) neue Verwendungsmöglichkeiten zu schaffen. Zur Ausnützung der billigeren Kohlevorkommen sind etliche Thermokraftwerke geplant, ferner soll Kohle als Grundstoff zur Gasgewinnung noch vermehrt berücksichtigt werden.

Der absolute Energieverbrauch ist in Jugoslawien innerhalb von zehn Jahren auf das 2,2fache angestiegen. Mit seiner Zuwachsrate von neun Prozent im Jahr steht das Land diesbezüglich an erster Stelle in Europa. Das schnelle Wachstum erklärt sich allerdings vor allem aus der bisherigen Rückständigkeit in der Energieversorgung. Im Unterschied zu den industriell hoch entwickelten Ländern spielt immer noch Holz als Brennmaterial eine sehr wichtige Rolle. An sich hätte Jugoslawien bezüglich Energiebeschaffung vorzügliche Bedingungen aufzuweisen. Die Kohlenreserven werden auf 21,3 Milliarden Tonnen geschätzt und das Wasserkraft-Potential von 66 Milliarden Kilowattstunden vorläufig erst zu 13 Prozent ausgenützt. Die Planziele sind ehrgeizig: Bis 1965 wird man die Erzeugung von Elektroenergie um acht Milliarden Kilowattstunden steigern. Die Erfüllung dieses Programms hängt in erster Linie vom Bau der Wasserkraftwerke ab. Das grösste Projekt, das erst im Perspektivplan nach 1965 verwirklicht werden kann, ist das gigantische Donauwerk an der Grenze zwischen Jugoslawien und Rumänien. Das ist ein Hauptgrund, weshalb trotz der politischen Spannungen zwischen Belgrad und Bukarest die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten möglichst intensiviert werden.

Öffentliche Meinung

Ungarn

«Neue Platte, bitte»

Budapester Arbeiter liessen anlässlich einer Befragung recht unverhohlen ihren Ueberdruss an parteiamtlichen Darstellungen erkennen. Sie verlangen über die Dinge informiert zu werden, die «nicht in der Zeitung stehen».

Ueber das Ergebnis der Umfrage berichtete die Budapester «Nepszabadsag». Fünfhundert Aktivisten der Partei, der Volksräte, der Volksfront und der kommunistischen Jugendorganisationen gelangten an rund 10 000 Arbeiter des hauptstädtischen Vororts Köbanya, um Aufschlüsse über die Wünsche der Werktätigen zu erhalten. Und an Aufschlüssen scheint es nicht gefehlt zu haben, wie sich dem Bericht der Zeitung entnehmen lässt:

«... Es ist ganz natürlich, dass bei Menschen, die mit den Alltagssorgen kämpfen müssen, im vertraulichen Gespräch zuerst die Klagen zur Sprache kommen. So war es auch mit den zehntausend Arbeitern aus Köbanya ... Sie sagten, was ihnen nicht gefällt und geizten nicht mit abfälligen Worten, wo solche wirklich am Platz waren. Es ist verständlich, dass sie keine Entschuldigung dafür finden, dass das Brot häufig schlecht ist, dass sich die Sohlen der Kinderschuhe vorzeitig ablösen, dass einzelne Typen von Fernsehgeräten häufig repariert werden müssen. Sie sprachen auch über ihre Beschwerden bezüglich der Löhne, aber beispielsweise in der ‚Ganz'-Fabrik für Schaltanlagen nahmen die Arbeiter entschlossen gegen jene Arbeitskameraden Stellung, die mit überstiegenen Lohnforderungen hervortraten ...» (Immerhin scheint diese volksdemokratische Arbeitereinstellung demnach die Ausnahme darzustellen.)

Zahlreiche Arbeiter bemängelten es ferner, dass sie politisch zu wenig orientiert werden. Das verblüffte die Aktivisten, die diese Gespräche arrangierten, da es in Köbanya doch 10 000 Zeitungsabonnenten gibt und weitere 10 000 Zeitungen von den Zeitungsständen verkauft werden. Es entfällt durchschnittlich auf jede Familie eine Tageszeitung ... Ausserdem gibt es keinen Betrieb in Köbanya, in dem man nicht auf Vortragspropaganda bedacht ist. Mancher Parteisekretär, der diese Klage nicht verstehen konnte, verübelte sie den Arbeitern. Bei näherer Befragung stellte es sich heraus, dass die Befragten auf lauter Fragen Anwort haben möchten, die sogar gut informierte Politiker und gut vorbereitete Vortragende in Verlegenheit bringen. In mehreren Betrieben sagten die Arbeiter: «Wir möchten einen politischen Referenten, der nicht immer nur das wiederholt, was in der Zeitung steht, das kennen wir ohnehin schon ...»

Partei

China

Anti-K-Kampagne

In ganz China werden Versammlungen einberufen, um Mao Tse-tungs persönlichen Rivalen, den sowjetischen Regierungschef Nikita Chruschtschew, in inoffizieller Form wegen seiner «antimarxistischen» Linie zu verurteilen. Laut chinesischen Flüchtlingsberichten nahm die Kampagne ihren Anfang im Januar und ist jetzt allgemein geworden. Anscheinend werden die Redner dieser Versammlungen zur Erklärung angehalten, ihre Kritik an Chruschtschew widerspiegle nur ihre eigene Ansicht. Offenbar will man den Bruch zwischen Peking und Moskau noch nicht parteioffiziell verkünden.

Die Angriffe richten sich, wie die Flüchtlinge melden, weniger auf die KPdSU als auf ihren Ersten Sekretär persönlich. Vier Motive tauchten dabei immer wieder auf:

1. Chruschtschew sei ein Revisionist, der Chinas unerschütterlichen Standpunkt in bezug auf die Unvermeidbarkeit des Krieges bekämpfe.

2. Chruschtschew sei ein Chauvinist, der die korrekte kommunistische Führung in Albanien hinterhältig verleumde.

3. Chruschtschew sei ein Sektierer, der die politische Opposition der Molotow-Gruppe in der KPdSU rücksichtslos unterdrücke. (Der Vorwurf des Sektierertums ist besonders pikant, da er sonst von Chruschtschew gerade an die Adresse der «Dogmatiker» — direkt die Albaner und indirekt die Chinesen — gerichtet wird.)

4. Chruschtschew sei ein Opportunist, der sich nun als grosser Antistalinist gebärde, zu Lebzeiten Stalins aber nichts gegen den grossen Mann unternommen habe.

Weiter wird in Hongkong erklärt, die chinesische KP habe an alle Parteimitglieder Zirkularschreiben mit Anti-Chruschtschew-Direktiven verschickt. Die Argumentation sei ähnlich wie die an den öffentlichen Versammlungen vertretenen Thesen. In diesem Fall würde sich also die Partei offen als Urheberin der Kampagne erklären, im Unterschied zum Vorgehen an den mündlichen Veranstaltungen. Das braucht nicht unbedingt einen Widerspruch darzustellen, da die geschlossene Form der Schreiben an die Parteimitgliedschaft zu berücksichtigen ist. Die Tatsache einer vielerorts durchgeführten Agitation gegen den sowjetischen Parteichef steht jedenfalls auf Grund etlicher Aussagen fest.

Erziehung

Erzürnte Auslands-Studenten

In China sind laut Berichten, die in Hongkong eingetroffen sind, in letzter Zeit vermehrt Reibereien zwischen den Behörden und enttäuschten Studenten aus Lateinamerika, Afrika und Asien vorgekommen. Unstimmigkeiten seien vor allem deshalb entstanden, weil es den studierenden Gästen aus den Entwicklungsländern verunmöglicht werde, nach ihrem eigenen Gutdünken den Zeitpunkt ihrer Heimreise zu bestimmen. Wer aber auf seinem Willen beharre, werde von den aufgebrachten chinesischen Behörden formell ausgewiesen. Dazu haben afrikanische Studenten über Rassendiskrimination in Peking geklagt, wo sie von der Bevölkerung und den einheimischen Studenten abgesondert seien. Allerdings dürfe die Isolierung nicht zuletzt den Zweck haben, den Ausländern Vorzugsbehandlung angedeihen zu lassen, während die Einheimischen im Wohnen und Essen benachteiligt werden. Im Unterschied zur Sowjetunion sind in China grössere Fälle von Rassendiskrimination gegenüber Afrikanern nicht bestätigt. Immerhin lernen die Chinesen die Rassenressentiments, die sie so zielbewusst gegen die «westlichen Imperialisten» schüren, ausnahmsweise auch von der andern Seite her kennen.

Schliesslich sei daran erinnert, dass der wachsenden Zahl von unzufriedenen Auslandstudenten in China eine wachsende Zahl von Auslandsstudenten überhaupt entspricht. Die chinesische Propaganda in Asien und Afrika wird weiterhin intensiviert. Sie hat wohl Rückschläge zu verzeichnen, daneben aber auch Erfolge.

Wirtschaft

SBZ

Kohle gut – Stahl schlecht

Das Stahlprogramm der SBZ wurde letztes Jahr nicht erfüllt, der Plan zur Kohlenförderung dagegen übererfüllt.

Das für 1961 vorgeschriebene Produktionsprogramm im Bereich Metallurgie ist bei Rohstahl und Walzstahl, warmgewalzt, trotz aller Anstrengungen im letzten Quartal 1961, in dem ein «sozialistischer Wettbewerb» der Stahl- und Walzwerke der Sowjetzone den anderen abgelöst hat, nicht erfüllt worden. Bei einer Planauflage von 3,485 Millionen Tonnen Rohstahl wird das Jahresproduktionsergebnis nur mit 3,450 Millionen Tonnen ausgewiesen. Bei Walzstahl, warmgewalzt, fehlen bei einer Planauflage von 2,570 Millionen Tonnen 215 300 Tonnen.

Die Nichterfüllung dieser beiden Planpositionen der Metallurgie hat wesentlich mit dazu beigetragen, dass Betriebe des Schwermaschinen- und des allgemeinen Maschinenbaues der Sowjetzone im vergangenen Jahr die ihnen vorgeschriebene Bruttoproduktionssumme nicht erreichen konnten.
In der Rohkohleförderung wurden im letzten Jahr 236,1 Millionen Tonnen erreicht. Damit ist gegenüber 1960 eine Steigerung um 10,7 Millionen Tonnen zu verzeichnen, 1,1 Millionen Tonnen mehr als die im Siebenjahresplan vorgeschriebene jährliche Durchschnittssteigerung. Nach dem noch nicht bestätigten «Volkswirtschaftsplan 1962» soll in diesem Jahr die *Rohkohleförderung* auf 243,4 Millionen Tonnen ansteigen.

Sämtliche Jungen Pioniere der SBZ werden gegenwärtig in einer grossen Kampagne zur Sammlung von Altstoffen aufgerufen. Der Erlös dient der 900 km langen Erdölleitung UdSSR-Sowjetzone und dem «nationalen Kampf». Auch werden Knochen zur Herstellung von Futter- und Düngemittel gesammelt. Die Organisation der Jungen Pioniere ist eine Vorstufe zur Freien Deutschen Jugend, der Ostzonalen HJ, und umfasst 1,7 Millionen Kinder im Alter zwischen 6 und 14 Jahren.

Probleme eine «sozialistischen Laientanzmusik» und der «kulturell-erzieherischen Funktionen der 18 000 Laientanzmusiker der Sowjetzone stehen auf der Tagesordnung einer zentralen Konferenz, die die «Arbeitsgemeinschaft Tanz- und Unterhaltungsmusik» zusammen mit dem Sowjetzonen-Ministerium für Kultur für diesen Monat nach Leipzig einberufen hat. Dabei soll «nachgeholt werden, was bisher versäumt wurde: Mit den Laientanzmusikern darüber diskutieren, dass auch die Tanzmusik einen ausgesprochenen Klassencharakter hat».
Die Leipziger Konferenz, zu der die 18 000 Laientanzmusiker 600 «Delegierte» schikken, soll der Ausgangspunkt dafür sein, dass die Tanzveranstaltungen ein «anderes Format erhalten, mit dem auch der neue sozialistische Mensch geformt wird», heisst es in einer Einladung der «Arbeitsgemeinschaft Tanz- und Unterhaltungsmusik» des Bezirkes Chemnitz.

Ideologie

Bulgarien/Polen

Selbsterkenntnis

Der bulagrische Ideologe N. Iribadschakow veröffentlichte kürzlich in der polnischen Zeitung «Tribuna Ludu» eine Kritik am Dogmatismus. Sie ist deshalb so bemerkenswert, weil sie gewisse Aspekte beschreibt, die schlicht und einfach kommunistisch sind. Reichhaltig in dieser Beziehung ist vor allem der Schlussabsatz:
«Obwol die Dogmatiker von einer Einheit der Theorie und Praxis sprechen, ist ihr Hauptfehler der, dass sie diese lebende Einheit zwischen Theorie und Praxis, wie dies der Marxismus auffasst, nicht herstellen und durchführen können. Dem Marxismus zufolge müssen die Theorie und die Praxis miteinander eine unzertrennliche Einheit bilden. Die entscheidende Rolle spielt aber in dieser Einheit die Praxis. Sie ist die Quelle, das Ziel und das Kriterium der Erkenntnis. Der Dogmatismus kehrt dieses Verhältnis zwischen der Theorie und der Praxis um. Er nützt die Praxis dazu aus, um neue Beispiele für die Bestätigung alter Axiome zu liefern. Neue Probleme aber, die die Praxis stellt, sieht der Dogmatiker entweder nicht oder berücksichtigt sie nicht, beziehungsweise wenn er sie sieht, so sucht er deren theoretische Erklärung nicht vor allem in einer Analyse der neuen Prozesse und Erscheinungen, sondern hauptsächlich darin, was Klassiker geschrieben hatten, in fertigen Formeln, in einer von der konkreten sozialhistorischen Wirklichkeit abstrahierten logischen Entwicklung allgemeiner Wahrheiten. Infolgedessen besteht einer der Hauptfehler des Dogmatismus in einer mechanischen Uebertragung theoretischer Thesen, die bestimmten sozial-historischen Bedingungen entsprechen, auf eine historische Lage von grundsätzlich anderen Bedingungen!»

In Kürze

In Ungarn wurde der katholische Bischof von Szombathely, Sandor Kovacs, vom Regime gezwungen, einen Priester aus politischen Gründen zu massregeln. Es handelt sich um den Pfarrer von Szöce (Komitat Vas, Westungarn), der laut einer Notiz in «Katolikus Szo», «wegen staatsfeindlichem Benehmen für zwei Jahre von der Ausübung seiner geistlichen Funktionen suspendiert wurde».

Der Fall wirkt um so tragischer, als Bischof Kovacs nicht zum Lager der sogenannten «Friedenspriester» gehört. Während mehrerer Jahre war er unter Hausarrest. Die unter seinem Namen veröffentlichte Suspendierung wurde zweifellos vom staatlichen Amt für Kirchliche Angelegenheiten durchgesetzt.

Die sowjetische Uhrenfabrikation fördert den Umsatz an Putzmitteln. Laut einem Bericht der Gewerkschaftszeitung «Trud» (4. März 1962, S. 4) liegen in der Uhrenfabrik von Minsk bereits 220 000 Stück «Zarja» (Morgenröte) und «Zakat» (Sonnenuntergang) Damenarmbanduhren in den Lagern als unverkäufliche Lagerhüter herum. Sie finden deshalb keine Käufer, weil infolge der mangelhaften Verdichtung ihr Mechanismus völlig verstaubt und verschmutzt sei. Wie die Zeitung bemerkt, sollte man mit diesen Uhren «gleichzeitig auch einen Staubsauger und eine Bürste mitverkaufen.»

«Ekonomitscheskaja Gasjeta» meldet die angelaufene Produktion eines Futtermehls aus Tannennadeln. In diesem Zusammenhang war zu erfahren, dass im Fernen Osten der UdSSR jährlich rund 250 000 Hektaren an Nadelholzbeständen abgeholzt werden. Allein im Gebiet von Chabarows (Ostsibirien, bei Wladiwostok) vermodern jährlich an die 100 000 Tonnen Geäst. (Der rücksichtslose Kahlschlag hat im sibirischen und kasachischen Neuland zum Teil schon Auswirkungen gehabt. Die auf zu weite Strecken ihres natürlichen Schutzes beraubten Felder sind darnach den Witterungseinflüssen (Stürme) stärker unterworfen.)

In Tadschikistan verlieren die Schulkinder im Durchschnitt zwei ihrer zehn Schuljahre, weil sie der landwirtschaftlichen Planerfüllung wegen viel zu stark zu den Feldarbeiten herangezogen werden. Dies eine Feststellung der grossen sowjetischen Jugendzeitschrift «Komsomolskaja Prawda». Wenn man in der Tadschikischen SSR behauptete, das Schulobligatorium werde eingehalten, so sei dies ein «schädlicher Schwindel». (In Tadschikistan fehlen vor allem Saison-Arbeitskräfte für die Baumwollernte.)

Curriculum der Woche

DIKO DIKOFF

Im neugebildeten bulgarischen Kabinett (vergleiche KB Nr. 13) wurde der 51-jährige Generalleutnant Diko Dikoff, bisher Vorsteher des Departements für administrativorgane im Zentralkomitee der bulgarischen KP als Nachfolger von Georgi Zenkoff zum Innenminister ernannt. Ihm unterstehen damit Staatssicherheitsdienst und politische Polizei. Anfang März dieses Jahres hielt er sich an der Spitze einer bulgarischen Delegation zehn Tage in Moskau auf und hatte unter anderm Besprechungen im sowjetischen Innenministerium.

Geboren 1910. Wird 1930 Mitglied der Bulgarischen Kommunistischen Partei und betätigt sich als Aktivist. 1933 verhaftet und zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. 1942 im Abwesenheitsverfahren zum Tode verurteilt. Widerstandskämpfer und Kommandant der zwölften operativen Zone in der Partisanenbewegung.

Am 5. Parteikongress von 1948 zum kandidierenden Mitglied des Zentralkomitees der Partei ernannt. Mehrere Jahre lang Kommandant der Militärgarnison Sofia. Im Dezember 1953 in die Nationalversammlung gewählt und seither immer als Parlamentsabgeordneter aufgeführt. Auf dem 6. Parteikongress von 1954 wird Dikoff zum Vollmitglied des Zentralkomitees befördert. Um 1956 Ernennung zum stellvertretenden Verteidigungsminister. Behält diesen Posten bis 1960, als er zum Vorsteher des Departements für Verwaltungsorgane im ZK berufen wird.

Mitteilung der Administration

Wir ersuchen um Beachtung folgender Punkte aus den Abonnementsbestimmungen:

1 Der *Eintritt* als Abonnent kann jederzeit erfolgen.

2 Im *Verfallmonat* erhält der Abonnent eine Einladung zur Erneuerung.

3 Wird das Abonnement nicht erneuert, so ist dies der Administration *vor dem Verfalltermin schriftlich* mitzuteilen.

4 Refüsierte Nachnahmen und Zeitungen gelten nicht als Abonnements-Abbestellung.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 4. April 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

Die kommunistische Politik gegenüber den Entwicklungsländern unterstützt die nationalen Befreiungskräfte und bereitet gleichzeitig ihren späteren Sturz vor. Die erste Komponente dieses Doppelspiels heisst «Kampf gegen den Imperialismus», die zweite «Kampf um den Sozialismus». Zu welchem Zeitpunkt der Verrat offen verwirklicht werden soll, das lediglich ist die Streitfrage. Die Dialektik des Vorgehens, die Frage, wie man Kraft und Schwäche der «Verbündeten gegen den Imperialismus» am zweckmässigsten ausnützen soll wird gegenwärtig in der kommunistischen Presse ausführlich diskutiert. Die Lektüre solcher Diskussionsbeiträge wäre den nationalistischen Führern aller Entwicklungsgebiete zu empfehlen, denn sie zeigt ganz unmissverständlich, in welchem Sinn die so oft angeführte Freundschaft des Kommunismus mit den jungen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu verstehen ist. Von besonderem Interesse ist ein kürzlich (21. März) im tschechoslowakischen Parteiorgan «Rude Prawo» veröffentlichter Beitrag über die Politik der kommunistischen Parteien in den wirtschaftlich unterentwickelten Ländern. Der Autor E. Paloncy hebt das vom Sowjetblock befürwortete Vorgehen sowohl vom «Dogmatismus und Sektierertum» (China) als auch vom «Revisionismus» (Jugoslawien) ab, wobei er sein besonderes Augenmerk auf die mehrheitliche Bauernbevölkerung in den Entwicklungsgebieten legt, die seiner eigenen Ueberzeugung nach dem Kommunismus gegenüber fremd oder feindlich eingestellt ist. Seine These befürwortet die Bildung einer anti-imperialistischen Front unter Teilnahme sowohl der «nationalen Bourgeoisie» als auch der Kommunisten. «Die Arbeiterklasse, geführt von ihrer kommunistischen Partei, setzt sich dafür ein, dass alle Möglichkeiten der nationalen Bourgeoisie im Kampf gegen den Imperialismus und zur Erreichung einer wirklichen Unabhängigkeit ausgenützt und bis zum Ende ausgeschöpft werden. Im Rahmen dieser Front kämpft die Arbeiterklasse mit der nationalen Bourgeoisie um den Einfluss auf die zahlenmässig grössere Klasse der wirtschaftlich unterentwickelten Länder, um die Landwirte.»

Dieses restlose Ausnützen der nichtkommunistischen Kräfte sieht Paloney als wesentlichsten Vorteil der «richtigen» das heisst sowjetischen Linie, die reichlich mit Zitaten aus dem Programm der KPdSU und der Erklärung der kommunistischen Parteien vom Herbst 1960 belegt wird. Sie wird abgehoben von der «dogmatischen» Linie einer zu früh einsetzenden revolutionären Bewegung im Innern des Landes. Das Klassenbewusstsein müsse bei den Massen der Bevölkerung erst geweckt werden, vor allem auf dem Lande. Die Festigung der Bande zwischen der Arbeiterklasse (als deren Vertreter sich die KP aufspielt) und dem Bauernstand sei ein Prozess, der höchste Anforderungen an die kommunistische Partei stelle. Das heisst, es ist schwierig den Kommunismus direkt einzuführen, wenn ihn die Mehrheit der Bevölkerung ablehnt. So wird auch den «Dogmatikern» vorgeworfen, dass ihre Politik des offenen Klassenkampfes notwendigerweise zu Abenteuern und zur Isolierung von den Massen führe. Die Kommunisten sind sich also sehr wohl bewusst, dass sie eine Diktatur der Minderheit einführen wollen. Die Landbevölkerung, so verlangt Paloney, muss für den Umsturz erst gründlich vorbereitet werden. Wie das geschehen soll, ist interessant:

«Der Kampf für eine Bildung und Festigung der Bande zwischen den Arbeitern und den Landwirten unter Führung der Arbeiterklasse ist im Zeitraum des Kampfes für die zukünftige Staatsform eine der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Parteien ... Diese Bande bilden und stärken sich sukzessive. Anfänglich hat die nationale Bourgeoisie auf die Werktätigen allerdings einen beträchtlichen Einfluss. Die Werktätigen erwarten, dass die Regierung der nationalen Bourgeoisie eine Bodenreform verwirklicht, den Einfluss der Imperialisten einschränkt, einen Kurs zur Demokratisierung des öffentlichen Lebens einschlägt und Massnahmen zur Verbesserung der sozialen und zur Ausweitung der demokratischen Rechte der Wertätigen trifft. Erst im Prozess des Kampfes für die Erfüllung der einzelnen Forderungen zeigt sich die Konsequenzlosigkeit im Vorgehen der nationalen Bourgeoisie: die Werktätigen, die zwischen den Versprechungen der regierenden nationalen Bourgeoisie und ihren Handlungen Widersprüche sehen, beginnen sich umzuorientieren ... Und im Verlauf dieses Kampfes überzeugen sich die Werktätigen, vor allem die Landwirte, dass der einzige Führer, der die Interessen des gesamten werktätigen Volkes und die grundlegenden Interessen des jungen souveränen Staats konsequent verteidigt, die Arbeiterklasse und ihre kommunistische Partei sind ...»

Das Programm ist also klar: Die Schwierigkeiten in der Erfüllung des nationalen Programms sollen nach Kräften ausgenützt werden, um Unzufriedenheit zu verbreiten und der kommunistischen Propaganda günstigen Nährboden zu schaffen. Dass unter diesen Umständen nicht die Rede davon sein kann, innerhalb der «anti-imperialistischen Front» am Aufbau des Landes positiv mitzuwirken, versteht sich von selbst. Der Kommunismus hat, wie er ja offen zugibt, kein Interesse am Zustandekommen einer demokratischen Bodenreform. Die Zusammenarbeit mit der «nationalen Bourgeoisie» ist also als ständige Sabotage ihrer Bemühungen zu verstehen. Dann kommen die Versprechen einer kommunistischen Bodenreform. Wenn dann die kommunistische Machtübernahme gelungen ist, wird im ersten Stadium die Bodenreform und die Verteilung des Landes verwirklicht. Im zweiten Stadium wird das alles durch die Kollektivierung rückgängig gemacht und die Bauern wieder enteignet. Das kommunistische Programm sucht die Bauern mit einem Versprechen zu gewinnen, das es nie zu halten gewillt war und ist.

Sprudelwasser Marke Evian

Noch bevor das Abkommen von Evian bekanntgegeben wurde, hatte die Belgrader Regierungszeitung «Borba» die hier wiedergegebene Karikatur zum Thema veröffentlicht. Darunter stand die ironische Anpreisung: «Evian-Wasser für alles. Heilt äussere und innere Krankheiten, löscht Brände und kann als Tinte zur Unterzeichnung von Uebereinkommen verwendet werden.»

Der Schnappschuss

Die Uhrenfabrik von Minsk (die neueste Uhrenfabrik der UdSSR), wird die kleinsten Uhren der sowjetischen Uhrenproduktion mit einem Durchmesser von 15 mm und und einem Durchmesser des Mechanismus von 11,5 mm produzieren. Das Werk wird 3,4 mm hoch sein, der Mechanismus wurde in 3 Lagen eingelegt.

Die erste Probeserie hat bereits die Fabrik verlassen. Diese Kleinuhren «Minsk» werden mit auswechselbaren Uhrenschalen in verschiedenen Farben in den Verkauf gebracht, damit die modebewussten Frauen abends jeweils die passende Farbe der Uhr zum Kleid auswechseln können

*

Die bekannte politische Tageszeitung «Zycie Warszawy» (12. März) berichtet über die politische Auswertung der Leipziger Messe durch die sowjetzonalen Behörden: «Pressekonferenzen, an denen hunderte von Journalisten teilnahmen, boten eine gut ausgenützte Gelegenheit zur Darstellung der Aussenpolitik der DDR und ihres Standpunktes gegenüber allen wesentlichen internationalen Problemen. Auf diese Weise gelangte die Stimme der DDR über tausende hier eingetroffene Gäste aus dem Ausland, darunter zahlreiche Journalisten, in viele entfernte Länder, wo der Umstand, dass es ausser der Bonner Republik noch ein anderes Deutschland gibt, das den Weltfrieden nicht bedroht und den deutschen Militarismus als seinen eigenen Feind betrachtet, immer grössere Aufmerksamkeit der dortigen politischen Kreise auf sich lenkt.» So unpolitisch ist die Leipziger Messe.

*

Dass es der Zonenbevölkerung noch besser gehe als der sowjetischen Bevölkerung, das war der Trost, den Ulbricht für seine ZK-Genossen anlässlich der SED-Sitzung vom 23. März bereit hatte. Seine Rede über die Berliner Situation enthielt auch einen grösseren Abschnitt über die Wirtschaftslage in der SBZ. «Wir wissen», erklärte der Parteichef darin, «dass der Lebensstandard des Sowjetvolkes niedriger ist als der der Bevölkerung der DDR.» Dass man dem Vorbild des «grossen Brudervolkes» zu folgen hat, gehört ja in der SBZ zur Allgemeinbildung. Ob Moskau freilich über den Vergleich entzückt war? Ulbricht stellte übrigens fest, der Verbrauch sei in unzulässiger Weise angestiegen, und die Produktion reiche nicht aus.